

Wie verändert Migration unsere Gesellschaft?

Lebenswirklichkeiten in der Migrationsgesellschaft Deutschland

Samy Charchira

Es gibt kaum ein Thema, das in der deutsch-öffentlichen Wahrnehmung omnipräsenter ist als das Themenfeld Migration und Integration. Dies gilt insbesondere seit dem Jahr 2015, als viele Menschen aus kriegsgebeutelten Ländern wie Syrien oder dem Irak in Deutschland Zuflucht vor Krieg, Terror und Verfolgung gefunden haben. Deutlich verschärften sich die Debatten über Zuwanderungspolitik und Migration und führten u. a. zu einem sichtbaren »Rechtsruck«, der sich am signifikantesten in den Ergebnissen der Bundestagswahlen 2017 niederschlug, wo die rechtspopulistische Partei »Alternative für Deutschland« mit einem deutlichen Vorsprung zur drittstärksten politischen Kraft im Lande avancierte. Bei der alljährlichen Umfrage des GfK-Vereins¹ danach, welche dringenden Aufgaben heute in Deutschland zu lösen sind, gab 2016 eine absolute Mehrheit von 83 % das Thema »Zuwanderung« an², weit vor den Themen Arbeitslosigkeit (16 %), Kriminalität (16 %) oder Armut (17 %). Zwar sank dieser Wert im Jahr 2017 auf 56 %, er bleibt jedoch weiterhin sehr hoch und zeigt deutlich das Ausmaß gesellschaftlicher Polarisierung.

-
- 1 So der Befund der repräsentativen Studie »Challenges of Nations« des Vereins der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), einem Think Tank der Marktforschung, siehe <http://www.gfk-verein.org/presse/sorge-um-zuwanderung-erreicht-hoehstwert> (Abruf 01.02.2018)
 - 2 Vgl. ebd.; *Daniel Eckert*, Zuwanderung verunsichert die Deutschen wie kein anderes Thema, *welt.de* vom 25.08.2017, <https://www.welt.de/wirtschaft/article167987546/Zuwanderung-verunsichert-die-Deutschen-wie-kein-anderes-Thema.html> (Abruf 01.02.2018).

Die in großen Teilen des Landes zu spürende Angst vor Migration und Zuwanderung ist dennoch erstaunlich. Trotz einer langen Tradition als Einwanderungsland haben sich gesellschaftliche Migrationsprozesse in Deutschland nicht adäquat »normalisiert«. Dies zeigt sich deutlich an dem zunehmend aggressiv geführten gesellschaftlichen Disput über Einwanderung und auch daran, wie sehr die Politik und die Gesellschaft mit dem faktischen Bestand als Einwanderungsland ringen. Diese Entwicklung lässt sich nicht lediglich auf die letzten 60 Jahre zurückführen, als durch den Abschluss von mehreren Anwerbeabkommen Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das Nachkriegsdeutschland mit aufgebaut haben, deren Nachfahren inzwischen in der dritten und vierten Generation zu Deutschland gehören. Historisch gesehen blickt Deutschland auf ein viel älteres Migrationserbe, das Jahrhunderte zurückliegt, wie etwa im 16. Jahrhundert, als mit dem »Edikt von Fontainebleau« des französischen Königs Ludwig XIV. die Verfolgung der protestantischen Hugenotten in Europa ihren Höhepunkt erreicht hatte.³ Schon damals fanden Zehntausende von verfolgten Protestanten in Städten wie z. B. Hanau, Neu-Isenburg oder Offenbach Zuflucht und wurden mit den Jahren Teil der Städtegesellschaften. Ende des 19. Jahrhunderts fanden im Zuge der Industrialisierung viele Menschen aus Masuren, der Kaschubei und dem früheren Polen im Ruhrgebiet eine neue Heimat. Sie arbeiteten meist im Bergbau und machten um etwa 1910 den höchsten Anteil der dortigen Gesamtbevölkerung aus.⁴ Zwischen 1950 und 1996 sind mehr als 3,7 Millionen »Aussiedler« in die Bundesrepublik Deutschland eingewandert.⁵ Die meisten von ihnen stammen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, wie etwa Kasachstan oder Russland, oder auch aus den Gebieten osteuropäischer Staaten, wie Rumänien und Polen. Bedingt durch Finanzkrisen und neue Bestimmungen der Arbeitnehmerfreizügigkeiten lassen sich auch in jüngster Vergangenheit bedeutende Migrationsbewegungen nach Deutschland messen. Zwischen 2007 und 2010

3 Vgl. *Guido Braun/Susanne Lachenicht* (Hg.), *Hugenotten und deutsche Territorialstaaten. Immigrationspolitik und Integrationsprozesse*, München 2007.

4 Vgl. *Dittmar Dahmann/Albert Kotowski* (Hg.), *Schimanski, Kuzorra und andere. Polnische Einwanderer im Ruhrgebiet zwischen Reichsgründung und Zweitem Weltkrieg*, Essen 2005.

5 Vgl. hg. von der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerangelegenheiten: *Harald W. Lederer*, *Migration und Integration in Zahlen*. Ein Handbuch, Bonn 1997, 81 und 235 sowie http://www.efms.uni-bamberg.de/ds231b_e.htm (Abruf 03.02.2018).